



„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags ein- mal. Preis: 10 Pf. pro Stück. ...

Interaktionspreis: Seite 1 Markt (General-Anzeige) 60 Pf. ...

# Berliner Tageblatt

Nr. 242  
45. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag  
12. Mai 1916

## Artillerielampf an der italienischen Front.

Wien, 11. Mai. (W. T. Z.)

Amlich wird verlautbart:

Russischer und süddalischer Kriegschauplatz.  
Nichts Neues.

Italienischer Kriegschauplatz.

Die erhöhte Artillerietätigkeit hielt an den meisten Stellen der Front auch gestern an; besonders lebhaft war sie im Dolomiten-Abchnitt zwischen Senterstein und Buchenstein.

Ein italienischer Flieger war vormittags zwei Bomben auf den Markt und den Dampfabzug des ab- hierdurch wurden zwei Zivilpersonen getötet, 33 verwundet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Soefer, Feldmarschallentant.

Ö. u. I. Kriegsvorpostenquartier, 11. Mai.

An den Hebergangstellen der Tiroler Front zum Schloß gebildet, an der Monzofront aus einer Reihe vorgezogenen Einbruchspitzen geworden, haben die Italiener die Offenbarkeit ihrer Infanterie vorwärts wieder eingestellt. Dagegen hat ihre Artillerie an der ganzen Tiroler, Kärntner und Monzofront die Beschießung der österreichisch-ungarischen Stellungen und ihrer rückwärtigen Verbindungen mit großer Heftigkeit fortgesetzt, ohne jedoch damit an irgendeinem Punkte die beabsichtigte Erschütterung der österreichisch-ungarischen Verteidigungslinie zu erzielen.

Ö. u. I. Kriegsvorpostenquartier, 11. Mai.

An der Befestigungsfront hält die Ruhe, die nach infolge heftiger Regenfälle zur vollständigen Untätigkeit erlaset ist, noch immer an. So ist die Situation ebenfalls an der Danjefront seit Wochen unverändert. Nur spielen sich hier fort tägliche lebhafte Fliegerkämpfe ab, die für unsere Truppen stets günstige Verläufe.

## Die Sicherung unserer Ernährung.

Die günstigen Voraussichten.

Von

Georg Coethen, Mitglied des Reichstags.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat die Beratung der Ernährungsfragen zurückgestellt, nicht weil er sie für weniger wichtiger hielt, sondern — abgesehen davon, daß er erst die Ergebnisse der letzten Verhandlung abwarten will — deshalb, weil sich recht lange Zeit in Anspruch nehmen dürften; denn die Verdrängerung weiterer Kreise über die oft ungenügenden, oft verpöbelten, oft sich widerstreitenden Verhandlungen, mit denen man die Ernährungsfragen zu regeln verucht hat, dürften unter recht ungünstigen Niederlagen in den Beratungen finden.

So große Vorteile nach manchen Mächtigungen ein Bundesstaat vor dem Einheitsstaat voraus hat, so unzweifelhaft ist es, daß durch ihn die Regelung der wirtschaftlichen Fragen in Kriegszeiten unlagbar erleichtert wird. Das ist nicht mehr, je härtere partikularistische Einflüsse, namentlich der größeren Wirtschaften sich geltend machen, die jedoch der inneren Reibungen der Staatsmaschine erschweren deren Gang, verhindern rasche und einheitliche Entschlüsse, führen zu unzuverlässiger Organisation. Es darf auch nicht verkannt werden, daß das Nebeneinanderlaufen der militärischen und der zivilen Lebensmittellieferung, ohne daß die letztere Rücksicht auf die Bedürfnisse der letzteren nimmt, die Regelung noch weiter unzulässig erschwert.

Aber der größte Fehler ist doch, daß die Verwaltung, das heißt die Bureaucratie eine Aufgabe übernommen hat, der sie — so wichtig man ihre sonstigen Vorzüge und Leistungen anerkennen kann — nun einmal nicht gewachsen ist. Sie hat ihre Fähigkeiten überschätzt, als sie an Stelle des Handels die Verwaltung des Staates mit Selbstmitteln in die Hand nahm. Genüß, das freie Spiel der Kräfte, wie es im Frieden zureichend funktioniert, war im Krieg nach Unterbindung der überseefischen Zufuhr ausgeschlossen. Es war unerlässlich, daß das Reich die Verwaltung der wichtigeren Nahrungs- und Futtermittel in die Hand nahm; aber es hätte sich dazu des vorhandenen Großhandelsapparates bedienen, ihn handgemäß organisieren müssen. Dabei brauchte es ihn die Preisfestsetzung ebenso wenig zu überlassen wie die Höhe des Zwischenpreises, den er wie der Kleinhandel für seine Tätigkeit aufzuschlagen berechtigt ist. Wo das getan hat, wie bei Kohlen, da funktioniert die Sache ausgezeichnet. Es ist dringend zu wünschen, daß, wo die Möglichkeit vorliegt, wie bei Zucker u. s. w., heute noch zu tun.

Man wird aber auch nicht verkennen dürfen, daß die überaus unglückliche Entscheidung des vorigen Jahres die Ernährungsbedingungen wesentlich verschlechtert hat. Die Saaten waren damals am Winter sehr schwach ins Frühjahr gekommen; vielfach hatte Mänterfröste sie so geschädigt, daß ein weiteres Umkreben notwendig wurde. Dann trat die lang andauernde Trockenperiode ein, die in weiten Teilen Deutschlands, namentlich im Osten und Norden, eine ausgesprochene Misere herbeiführte. Es kam weiter hinzu, daß umfangreiche feindliche Eisenbahnen, das Dreiviertel von Galizien in den Händen des Feindes waren, daß man im ersten nur zu einer wenig umfangreichen Frühjahrsernte kommen konnte, wozu die im Mai 1915 beginnende Wiedereroberung Galiziens nicht mehr die Möglichkeit bot.

Die gewaltige Einfuhr, allein von Futtermitteln, die in Friedenszeiten zuletzt 8 Millionen Tonnen im Jahre betragen hätte, war abgebrochen. Rumänien, das zu liefern in der Lage war, hat sich nicht mehr zu öffnen, auf welche Seite der Kriegführenden es sich stellen sollte — die Ausfuhr von Getreide und Futtermitteln so gut wie unmöglich. Aber auch nachdem es mit Deutschland zu einem Abkommen über die Ausfuhr von Getreide und Mais gekommen war, bereitete die Unzulänglichkeit der vorhandenen Bahnen und des Donauweges — auch nachdem letzterer durch die Eroberung Serbiens freigegeben war — dem Abtransport die größten Schwierigkeiten. Nicht, was Rumänien zu liefern in der Lage war, sondern was die Verkehrswege zu leisten imstande waren, war maßgebend dafür, was Österreich-Ungarn und wir von dort beziehen konnten. Diese Verhältnisse haben sich seitdem in erheblicher Weise gebessert. Der Schienenverkehr, welche der Donauabschnitt der Gironde-Low-Ranal entgegen- freigegeben war — dem Abtransport die größten Schwierigkeiten. Nicht, was Rumänien zu liefern in der Lage war, sondern was die Verkehrswege zu leisten imstande waren, war maßgebend dafür, was Österreich-Ungarn und wir von dort beziehen konnten. Diese Verhältnisse haben sich seitdem in erheblicher Weise gebessert. Der Schienenverkehr, welche der Donauabschnitt der Gironde-Low-Ranal entgegen-

## Der amtliche Text der amerikanischen Note.

Die „Arbds. Allgem. Ztg.“ teilt mit: Die am 10. d. M. vom amerikanischen Botschafter überreichte Antisprache lautet in Uebersetzung wie folgt:

„Berlin, 10. Mai 1916.

Euer Excellenz.

Ich habe die Ehre, auf Beifugung meiner Regierung Euer Excellenz die folgende Antwort auf die Note Euer Excellenz vom 4. Mai d. J. mitzuteilen:

Die Note der kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwoogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der kaiserlichen Regierung für die Zukunft fundiert, „daß sie ein Verbot dazu betrogen will, — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, und daß die kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Subjektbehörden die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzulegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebenen Unterseebootpolitik aufnahm.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren eubdigen Verhandlungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erasenden kritischen Fragen, welche die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu ernst bedrohen, beftändig durch Besprechungen der freundschaftlichen Beziehungen und durch diplomatische Maßnahmen bemüht. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der kaiserlichen Regierung inforteineregewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächlichste Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten hält für notwendig, zu erklären, daß sie es für angemessen ansieht, daß die kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt zu verstehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangelegten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhängt, ab- wahl einige Stellen in der Note der kaiserlichen Regierung vom 4. d. M. einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Im jedoch die Möglichkeit eines Widerstandnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, gefehle wie denn erörtern kann, daß die Abigung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringem Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinlich, abzufest, selbst.

Ich erweise die Gefährlichkeit, um Euer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Edw. James W. Gerard.

Seiner Excellenz Herrn v. Jagow,  
Staatssekretär des Kaiserlichen Amtes.

## Kommentare

### zum deutsch-amerikanischen Notenwechsel.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 11. Mai.

In der hiesigen Presse und in Handelskreisen wird die Entspannung des deutsch-amerikanischen Konflikts mit einigem Optimismus beurteilt. Man hält die amerikanische Note nur für eine „gebrechliche Garantie“ dafür, daß es nicht zu neuen Reibungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland kommt. Die Schuld für diese Unsicherheit der Lage wird vielfach der Presse der Entente zugeschoben, die zum Beispiel in den erwartungsvollen Tagen seit der letzten deutschen Note alles vermischt hat, um durch Dagegen von Reuters und Ganos in der neutralen Schweiz den Eindruck zu begünstigen, daß man in Washington unerschrocken sei. — Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß es in diesen Tagen fort ein Zufund solcher Telegramme hat wegwerfen müssen, da sie allzu deutlich des Verfalls der Erfindung und der Tendenz maderer getrogen hätten.

Bern, 10. Mai. (W. T. Z.)

Die französischen Helfer schöpen neue Hoffnung aus der amerikanischen Antwort auf die deutsche Note. „Eg de Paris“ meint: Der Lauf der Ereignisse hängt jetzt allein von der Art, wie der Zauberfloß geföhrt wird, ab. Man macht sich keine Illusionen mehr über die schweren Folgen, die ein neuer „Zucker-Poll“ mit sich bringen würde. — Nicht ohne eine Begründung im „Petit Journal“: Die Sache ist verhandelt und abgemittelt. Das allgemeine Gewissen ist dem Urteil des Präsidenten vorausgesetzt. Wenn nicht heute, so doch morgen wird die Strafe folgen. „Petit Parisien“ quittiert hocherfreut, daß Wilson den deutschen Schacher abgelehnt habe, und stellt triumphierend fest: Der Kaiser hat keine Weisheit verloren. — Der „Zemg“ schreibt: Was nach immer das Wogen der deutsch-amerikanischen Beziehungen sein mag, die Antwort ist trocken bis zur Verachtung und hat nunmehr eine große moralische Tragweite. Sie verurteilt, daß die Unmoral des deutschen Kaiserreichs jede Verbindung zwischen ihm und den Kulturvölkern unmöglich macht.

## Die kommende Reichsvermögenssteuer.

Eine einmalige Kriegsteuer.

In den Verhandlungen, die unter der Vorsitzschaft im Reichstag über die Einführung einer Reichsvermögenssteuer gepflogen werden — an Stelle der im Ausfuhr beantragten Erhebung einer neuen Wehrbeitragssteuer — erfahren wir noch folgendes: Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, insofern besteht Aussicht auf eine Einigung. Bei der neuen Reichsvermögenssteuer wird es sich zunächst nur um eine einmalige Steuer handeln, die neben der Kriegsgewinnsteuer und neben der neuen Besitzumschlagsteuer erhoben werden soll. Da eine Vermögensfeststellung im Reich mit Rücksicht auf die Besitzumschlagsteuer ohnehin erfolgen muß, würden sich Einschlagungs- möglichkeiten nicht eröfnen. Augenblicklich sühnen nur noch Erhebungen über die Höhe der Vermögenssteuer, die etwa 1 vom Tausend betragen soll; das werden machen sich aber auch Entanden für eine „Regresssteuer“ (etwa mit 2 vom Tausend beginnend und bis 1 vom Tausend herabgehend) geltend.